

Staddebatte im Sächsischen Landtage.

III. Dresden, 27. Januar 1926.

Heute begann im Landtage die auf zwei bis drei Tage berechnete

Ausdrücke über den Staatshaushalt.

Die Öffentlichkeit zeigt wenig Interesse dafür, denn die Tribünen weisen nur schwache Beteiligung auf.

Abg. Schirch (Soz.).

Er kennzeichnet zunächst die Stellungnahme des Finanzministers über die Wirtschaftskrise. Der Einfluss der Dawespolitik trete seiner Meinung nach zurück vor den Wirkungen der weltwirtschaftlichen Konjunktur. Der Zusammenbruch der großen Konjunktur sei mehr als ein Symptom, er berühre die gesamte Wirtschaft. Wir stehen mitten in der Weltwirtschaftskrise, dem Abbau überflüssiger wirtschaftlicher Gebilde. Auch die Sächsische Industrie müsse andere Arbeitsmethoden einführen, aber nicht auf Kosten der Arbeiter, sie muß sich vielmehr die modernen Erzeugnisse der Technik zunutze machen und ihre Rationalität den wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen. Für die Erwerbslosen müsse eine generelle Erhöhung der Unterhaltungsätze erfolgen. Seine Partei fordere von der Regierung eine Vorlage, daß die vorgesehene 6 Millionen Mark für Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten sofort ausbezahlt werden können. Weiter erwidere wir die Regierung, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß den Kurzarbeitern und Ausgeübten die Hilfe zuteil wird, deren sie dringend bedürfen. Die für den Wohnungsbau in den Etat eingehalten Mittel seien unzureichend. Die Bauansforderungen möchten ihre Arbeitsmethode umstellen und nicht bei existierendem Frost alle Arbeit sofort aufhören lassen.

Der Bauarbeiterstand müsse gewissenhafter durchgeführt werden. Das gleiche gelte für den allgemeinen Arbeiterstand. Die gegenwärtige Konjunktur reiche nicht aus. Des weiteren fordert Redner eine wirtschaftliche Besserstellung der Beamtenschaft. Die Erbschaftsteuer müsse einer Revision unterzogen und ein einheitliches Beamtenrecht geschaffen werden.

Daß heute noch 1500 Polizeibeamte in Gruppe II eingestuft seien, sei ein unerträgliches Verhängnis. Erreicht ist, daß sich das Verhältnis zwischen Offizieren und Beamten gebessert habe. Die Beschwerden gegen den Polizeiminister seien zum größten Teil ungerechtfertigt. Natürlich müßten die Anordnungen des Ministeriums eindeutig befolgt werden. Wenn seine Partei wiederholt an der Justiz Kritik geübt habe, so richte sich diese nicht gegen den Justizminister, sondern gegen die Praxis vieler Richter. Viele Kreise des Volkes hätten das Vertrauen zur Rechtsprechung verloren. Eine Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse bestehe leider nicht, solange nicht der juristische Nachwuchs anders erzogen und die Staatsanwaltschaften nicht mit zuverlässigen Republikanern besetzt seien. Es müsse alles getan werden, um die Frequenz von Bad Cister zu heben und das Volkstheater zu bauen. Der organische Aufbau der Schulen dürfe nicht gekürzt werden. Die Befürchtung, daß die Kirche wieder zur Macht zu gelangen suche, liege nahe. Seine Partei werde versuchen, ihre Wünsche in den Ausschüssen zur Geltung zu bringen.

Abg. Dentler (D.).

Die Anklänge Dr. Reinholds über den Zustand unserer Wirtschaft befrichtigen uns nicht. Ein Mann, der aus einer Koalitionregierung in die andere tritt und früher Teilnehmer der Sozialdemokratie ist, muß freilich sehr vorzüglich sein. Die deutsche Technik ist heute noch konkurrenzfähig. Unsere Industrie leidet an einer weitgehenden Verfalltörung. Wir brauchen eine horizontale Zusammenfassung gewisser Industrien. Die Vertreter der Arbeiterinteressen dürfen nicht in dem Siege eines Tarifs das einzige Ziel sehen. Die Arbeiter kommen aber langsam zu der Überzeugung, daß die Gewerkschaftsmehrheit nicht die alleinigmächtige ist. Inseiner Absicht hemmt nicht die Qualität, sondern der Preis; wir produzieren zu teuer. Wir haben Steuern, Frachten, soziale Lasten, die das Mehrfache der Vorkriegszeit betragen; und die Gewerkschaften hören zu oft den Arbeitsfrieden. Die Not der Landwirtschaft ist die Not unseres Volkes.

Die Preissteigerungsfaktoren werden verpußt, denn große Wirtschaftsprobleme können nicht durch Gesetze gelöst werden. Die Landwirtschaft kann ihre Betriebe nicht von heute zu morgen umstellen. Nicht daß wir politische Parteien, sondern daß wir so viele haben, ist der Grund unseres Elends. Nur Männer der Wirtschaft können uns helfen. Wir werden der Linken nicht den Gefallen tun, aus der nationalen Opposition auszuscheiden. Dem Sahe der Weimarer Verfassung. Alle Gewalt und Macht geht vom Volke aus; ich bin der Sahe entgegen; Alle staatliche Ohnmacht geht von der schrankenlosen Demokratie aus! Die Parteien schämen sich nicht die überragenden Köpfe und Charaktere. Die Parlamente nähren die Arbeitskräfte der Minister und Räte in überflüssiger Weise ab. Die Wähler des Parlaments braucht nicht unanständig zu klappern. Es wird ja doch sehr oft Stroh gedröhnt. Wir wollen keine Staatsräuberei, aber eine Selbstbeschränkung des Parlamentes und eine feste Regierung. Die Außenpolitik, die darauf ausgeht, eine sogenannte möhliche Atmosphäre zu schaffen, kann uns nicht helfen. Draußen muß mit brutaler Deutlichkeit auf das Elend unseres Volkes und die Unmöglichkeit der Erfüllungspolitik hingewiesen werden.

In der Kriegsschuldfrage müssen wir einen vollen Sieg erringen. Die Regierung muß sich auf den Standpunkt der deutschen Wirtschaft stellen; vor allem darf sie nicht Handelsverträge auf kleinere Kosten der Landwirtschaft abschließen. Die Sozialdemokratie möchte gern regieren, aber sie fürchtet sich vor der Verantwortung und vor der Konkurrenz der Kommunisten und kommt dabei in radikales Jahnwasser.

Den Tag möchte ich noch als Abgeordneter erleben, da nach den nächsten Wahlen. Jetzt als Volksbildungsminister und Liebmann oder Edel als Innenminister thronen. Auf die Dauer ist mit einer radikalistischen Sozialdemokratie nicht zu arbeiten. Hoffentlich macht der neue Finanzminister das Wort seines Vorgängers wahr, daß eine Erleichterung der Steuerlasten eintreten soll. Im Sahe des Gehentien spricht man nicht gern vom Stride, und im Sahe der entgangenen Staatsbürger sollte man sich nicht der Schuld freilich rühmen. Der gegenwärtige Landtag wird vor seiner Auflösung erst noch den Etat erledigen müssen. Sparanfekt tut not, aber sie darf nicht zu weit getrieben werden. Der Staat soll an seinem Teil an einer sittlichen Weltordnung schaffen. Dazu bedarf er aber der Hilfe eines verständigen Parlaments. (Bravo-Rufe rechts.)

Abg. Anders (Dsp.).

Widert eingangs seiner Rede die gegenwärtige Notlage des Volkes. Wir sind erfreut, daß der vorliegende Etat ohne Schuldbetrag abschließt. Das Wort: Der Etat balanciert! haben wir aber schon vor zwei Jahren gehört, aber am Ende ergab sich durch Nichtzahlung der Steuerföge, daß mit einem Schuldbetrag von 39 Millionen Mark gerechnet werden mußte. Das macht bedenklich. Diese Ausgaben, die in den ordentlichen Etat gehören, sind leider in den außerordent-

Dr. Dehnes Ernennung zum sächsischen Finanzminister.

Dresden. Der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Dehne ist gestern nachmittag vom Ministerpräsidenten Heide zum Finanzminister als Nachfolger des zum Reichsfinanzminister ernannten Dr. Reinhold bestimmt worden.

Bekanntlich hat Dr. Dehne sich schon vorher bereit erklärt, den Posten des sächsischen Finanzministers zu übernehmen und sein Amt als Direktor der Sächsischen Bank niederzulegen.

Abg. Dr. Dehne wird sein Mandat als Landtagsabgeordneter beibehalten.

Finanzminister Dr. Dehne.

Dr. Dehne wurde am 13. Januar 1873 in Lobau in Sachsen geboren. Von 1893 bis 1896 studierte er in Leipzig die Rechte und legte 1896 die erste juristische Staatsprüfung ab, um sich dann bei sächsischen Gerichten dem Vorbereitungsdienst auf das Richteramt zu unterziehen. 1900 bestand Dr. Dehne die zweite juristische Prüfung und wurde im folgenden Jahre zum besoldeten Stadtrat in Meisa gewählt; 1902 zum Bürgermeister ernannt, wählten ihn die sächsischen Kollegien nach kurzer Amtierung auf Lebenszeit, doch übernahm er am 1. Juli 1908 den Posten eines besoldeten Stadtrates in Dresden, den er bis zum 30. Juni 1912 bekleidete, um hierauf als Oberbürgermeister die Stadtverwaltung von Plauen zu leiten. In dieser Eigenschaft trat er auch in die Erste Ständekammer ein. Am 25. Mai 1916 wurde Dr. Dehne in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes in Berlin berufen, doch erfolgte bereits am 15. August desselben Jahres seine Ernennung zum stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Sachsens in Berlin. Noch während des Krieges trat Dr. Dehne als Ministerialdirektor in das Ministerium des Innern über, von dem später das Arbeitsministerium abgetrennt wurde, in dem er alleiniger Ministerialdirektor war. Von Mitte 1925 bekleidete er bis zu seiner Ernennung zum sächsischen Finanzminister das Amt eines Direktors der Sächsischen Bank zu Dresden. Dr. Dehne ist bekanntlich der Führer der Demokratischen Partei in Dresden.

ischen verwiesen worden. Eine solche Driftierung des Etats können wir nicht mitmachen. Nach unseren Berechnungen wird der Etat mit einem Abschlage von etwa 1 1/2 Millionen Mark abschließen. Das Vertrauen etwaiger Geldgeber können wir nur durch Wahrheit im Etat erwerben. Die Beratung des Etats möchte wieder wie früher mit der des Rechnungsführers verbunden werden. Was die Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden anlangt, so sind wir mit der Einlösung der wertbezüglichen Anleihen einverstanden. Die Not der Beamenschaft, besonders der unteren Gruppen, ist sehr groß. Die Besoldungsordnung bedarf einer baldigen Änderung. Bei Ersparnissen durch Einziehung von Beamtenstellungen ist mit größter Vorsicht vorgegangen worden. Sollte mit der wachsenden Zahl von Angestellten auf eine Abschaffung des Berufsbeamtenstandes hingearbeitet werden, so müßten wir dem ernährlichen Widerstand entgegengehen. Gewiß muß unsere Staatsverwaltung daraufhin geprüft werden, wo und ob sie vereinfacht werden kann, nur darf das nicht zu einer Überlastung der Beamten führen. Die Sächsische Staatsbahn arbeitet zu unserer Freude außerordentlich vorzüglich. Hinsichtlich der Kraftwagensteuer muß beim Reiche versucht werden, zu einem anderen Verteilungsschlüssel für Sachsen zu kommen. Zu unserer Freude und unseren Wünschen haben wir volles Vertrauen.

Wenn das Bild unserer Wirtschaft aber auch noch so trüb wäre, die Fragen der Erwerbslosen, des Wohnungsbaues und der Kulturansprüche müssen doch in befriedigendem Sinne gelöst werden. Der Ministerpräsident hat solchen einen Antrag eingebracht, in dem außerordentlichen Etat noch 2 Millionen Mark für Darlehen an Gemeinden zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten einzustellen. Außerdem wünscht die Regierung, daß die vorgesehene Bauteil undbehaft der Erziehung des Hausbaus sofort in Angriff genommen werden können. Wir werden im Ausschuss dafür sorgen, daß den Wünschen des Ministerpräsidenten entsprochen wird. Redner schließt: Wenn wir uns bewußt sind, daß wir alle Glieder einer Volksgemeinschaft sind, und wenn wir den selben Willen einengen, dann wird es uns gelingen, alle Schwierigkeiten, unter denen wir gegenwärtig leiden, zu überwinden und wieder zu einem Aufstieg zu gelangen.

Abg. Renner (Komm.).

Aus der Rede des Finanzministers Dr. Reinhold sprach die große Angst vor dem in Aussicht stehenden Zusammenbruch des deutschen Proletariats. Aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise werde niemals eine Gesundung des Kapitals hervorgehen. Redner spricht vor fast leeren Bänken. Die wenigen anwesenden kommunistischen Abgeordneten vertiefen sich in die neuesten Zeitungen. Schließlich erklärt er, seine Partei habe dem Etat wie der Koalitionsregierung feindselig gegenüber und werde die Auflösung des Landtages durch Massenangebot der Arbeiterschaft erzwingen.

Abg. Dr. Seufert (Dem.).

Es ist eine Tatsache von größter Bedeutung, daß unser Staatshaushalt wieder balanciert. Die Mittel zur Herbeiführung der Balance: Einschränkung der Ausgaben, Ausschöpfung der Einnahmen und Ueberweisung aller notwendigen Ausgaben auf schwebende Schulden, billigen wir. Der Landtag muß bei allen Einstellungen gewissenhaft prüfen, ob sie den Interessen des gesamten Volkes dienen. Eine Vereinfachung des Verwaltungsapparates ist nicht zu möglich, nur müsse sie vorsichtig und gerecht durchgeführt werden. Vor allem bedürfte es einer größeren Zentralisierung. Wir fordern Einfachheit von ganzem Volke, insbesondere auch von der Staatsverwaltung. Wir würden eine Aufstellung begrüßen, aus der man den Stand der Unternehmungen des Staates ersehen könnte. Der in den Reichsdienst übergetretene Finanzminister hat keine Kräfte in den Diensten des Staates als wahrer Demokrat gestellt. Auch seine erbitterten Feinde werden anerkennen müssen, was er geleistet hat. Redner erklärt sich dann einverstanden mit der Wiederannahme des Erwerbsbaues im Rahmen von Kurzarbeitsarbeiten, mit den Einstellungen für den Straßenbau und dergl. Das Urteil der Gegner der Koalition über diese ist einseitig. Entscheidend sind die Tatsachen, und wir können darauf hinweisen, daß in den letzten zwei Jahren sich die Dinge so geändert und gehaltet haben, wie sie sich in unserem neuen Etat zeigen. Eigentlich sollte jetzt niemand daran denken, den Landtag anzulösen. Angst haben wir vor einem Staatsstreich der Rechten nicht, aber vorsichtig sind wir. Wir denken nicht daran, die christliche Kultur aus der Volksschule zu entfernen; die Reformation hat die Aufgabe, die Staatsform zu klären. Der millitärischen Uniform sollen wir Demokraten volle Achtung, aber als Zeichen

eines höheren Menschentums haben diese zurück ausgepielt. In unseren Schulen kann von einer Erziehung im republikanischen Sinne noch keine Rede sein. Parteipolitik freilich gehört nicht in die Schule. Von großer Bedeutung ist die Befähigung der politischen Beamtenstellen. Wir verlangen dafür Leute von Ueberzeugung, Pflichtbewußtsein und Tüchtigkeit. Die Rechtspflege unseres Staates ist intakt. Zum Schluß behandelte Redner noch die kulturpolitischen Aufgaben des Staates unter dem Gesichtspunkte der Bevölkerungsabnahme. Bei dieser Abnahme handelt es sich um die Einbuße unseres wertvollsten Besitzes. (Beifall in der Mitte des Hauses.)

Damit ist jede Partei zum Worte gekommen. Es folgt die Begründung der zum Etat vorliegenden

Anträge und Anfragen.

Abg. Häbel (Komm.) begründet einen Antrag seiner Partei auf Entlassung des Polizeioberwachmeisters Wegbrod aus dem Dienste. — Ministerialdirektor Dr. Barth bemerkt zu dem Antrage, für die Regierung liege keine Veranlassung vor, den betreffenden Beamten aus dem Betriebe zu entlassen.

Abg. Siemert (Komm.) begründet eine Anfrage über die Rückwirkung der Entwaffnungsfrage auf die sächsische Polizei. — Ministerialdirektor Dr. Barth antwortet: Die Bewaffnung der uniformierten Polizei stehe im Zusammenhang mit der Zahl der Beamten, die Sachien künftig halten dürfe. — Viel werde sich nicht ändern. Auch über die Zahl der Isoliert zu haltenden Polizeibeamten könne heute noch keine Auskunft gegeben werden.

Abg. Renner (Komm.) berichtet sodann namens des Rechtsausschusses über den Antrag der Kommunisten betreffend die Ausschreitungen bei einer Versammlung der Nationalsozialisten in Chemnitz und muß beantragen, den Antrag abzulehnen. Gegen die Regierung zu beantragen, sofort Maßnahmen zur Verhinderung bewaffneter Kundgebungen zu ergreifen und die Verfolgung und Bestrafung der an den Vorgängen in Chemnitz Schuldigen auf das Energetischste einzuleiten und durchzuführen.

Abg. Glombiza (Komm.) begründet einen längeren Antrag seiner Fraktion auf Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Vinderung der Erwerbslosen.

Der am nachmittag ernannte neue Finanzminister Dr. Dehne erscheint erstmalig am Regierungstisch.

Endlich berichtet Abg. Edel (Soz.) über den sozialdemokratischen Amnestieantrag und beantragt im Auftrage des Reichsausschusses entsprechend dem Antrag Arzt und Gen., die Regierung zu eruchen, Begnadigungen auch in solchen Fällen vorzunehmen, die mit der wirtschaftlichen oder politischen Erregung des Jahres 1925 in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang stehen.

Darauf vertritt der Präsident mit Zustimmung des Hauses die Verlesung der Ansprache auf Donnerstag, den 28. Januar, vorm. 11 Uhr.

Ein erneuter Antrag, den kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtages mit auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu legen, wird wiederum abgelehnt.

Vorläufig keine Auflösung des Landtages.

Der Heibelberger Parteitag hatte den Streit in der sächsischen Sozialdemokratie um die Landtagsauflösung dahin entschieden, daß für diese Maßnahme und demgemäß auch für die Aenderung der Koalition ein „politischer Grund“ vorhanden sein müsse. Ueber die Frage, ob ein solcher vorhanden sei, sind in den letzten Tagen zwischen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und zwei Delegierten des Berliner Parteivorstandes Verhandlungen gepflogen worden. Von der radikalen Minderheit, die im Lande wieder stark agitiert, waren Anträge eingebracht worden, die den ausgeprochenen Zweck verfolgten, den gesuchten „politischen Grund“ an den Saaren herbeizuziehen. In die 60 Millionen sollten danach ohne Rücksicht auf die knappen Landesbestimmungen für die Erwerbslosen und den Wohnungsbaun sofort fließen gemacht werden. Die Mehrheit der Fraktion konnte gar nicht anders, als diesen agitatorischen Vorschlag ablehnen. Die Mehrheit drang durch, daß der „politische Grund“ sich in natürlicher Entwicklung aus den Verhältnissen ergeben müsse. Zurzeit sei aber für die Aenderung der Koalition und die Auflösung des Landtages kein zwingender Anlaß vorhanden.

Da die Vertreter des Parteivorstandes durch das Gewicht der von der Mehrheit vorgebrachten Gründe überzeugt wurden, so wird der Parteivorstand, der das letzte Wort in der Sache zu sprechen hat, aber Voranschritt nach sich in dem gleichen Sinne entscheiden. Ein gegenseitiger Beschluß des sächsischen Landesparteitages wäre dann ein Schlag ins Wasser. Der Verlauf der Dinge zeigt aber, daß Heibelberg nicht der Abschluß gewesen ist, sondern daß das Feuer unter der Aiche weiter glimmt.

Zum Entwurf eines sächsischen Bodenperrgesetzes.

Leipzig. Zu dem Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken (Bodenperrgesetz) haben die sächsischen Handelskammern an das sächsische Wirtschaftsministerium Abt. für Handel und Gewerbe eine Eingabe gerichtet, in der sie ihre Ueberzeugung darüber zum Ausdruck bringen, daß die sächsische Regierung und das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eine Neuauflage des während der ganzen Dauer seines Bestehens von der sächsischen Wirtschaft einmütig abgelehnten Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken vom 20. November 1920 plant. Sie geben nochmals ihrer ablehnenden Auffassung Ausdruck, indem sie die Bedenken zusammenfassen, die von allem Anfang an gegen diese Zwangswirtschaft beizubringen haben und nach den gemachten Erörterungen uneingeschränkt fortzusetzen werden. Es heißt dann in der Eingabe u. a. weiter: Für Sachsen war es lange hohe Zeit, sich wie Preußen und Thüringen zu dem Entschluß aufzurufen, auf eine Maßnahme, die in der Inflationszeit unter dem schon lange nicht mehr geltenden Gesichtspunkte der Ueberforderungsgefahr eine gewisse teilweise Berechtigung gehabt haben mag, zu verzichten. Statt dessen soll jetzt unter dem Gesichtspunkte einer neuen großzügigen Bodenpolitik der Gemeinden durch Verbesserungen, die in den bestehenden Erörterungen mit den alten Gesetzen ihren Ursprung haben, den Gemeinden für die Zukunft eine noch höhere Machtstellung gesichert werden. Nicht eine Hemmung, sondern eine Befreiung des Grundstückenmarktes tut bitter not. Dazu würde die Vereinfachung des sächsischen Verkehrs mit Grundstücken viel beitragen. Deshalb bitten die sächsischen Handelskammern das Wirtschaftsministerium, sich ihre einmütige Auffassung zu eigen zu machen, daß es im wohlverstandenen Interesse der Wirtschaft liegt, nicht ein neues Gesetz anzufertigen zu lassen, sondern auch das alte Gesetz mit seiner Verwendungsfrist und dem noch über die Vorkläge der ursprünglichen Regierungsvorlage und der früheren preussischen und thüringischen Gesetze hinausgehenden Vorkaufs- und Enteignungsrecht endlich zu beseitigen.